

Vorwort

Zentrale Gedenktage reichten sich in enger Taktung: Hundert Jahre Ausbruch des ersten Weltkriegs, 25 Jahre Mauerfall, zehn Jahre ‚Big bang‘-Erweiterung und fünf Jahre Östliche Partnerschaft. Das vergangene Jahr war ein Jahr der Reflexion – auch wenn den grundsätzlicheren Debatten um die Finalität Europas im Alltagsgeschäft und Krisenmanagement wenig Raum eingeräumt wurde. Dennoch trat eine deutlich stärkere Politisierung der Europäischen Integration zutage: Angetrieben zum einen von den Europawahlen – 2014 erstmals mit Spitzenkandidaten, die sich im Wahlkampf als mögliche Kommissionspräsidenten positionierten – und der Debatte um den drohenden Einzug von Europaskeptikern und Populisten in das neu gewählte Europäische Parlament. Zum anderen wurde der Ton zwischen den Mitgliedstaaten über den künftigen Kurs der Europäischen Union rauer und drohte das Gleichgewicht der ‚großen Drei‘ zeitweise sogar aus dem Takt zu bringen: Die deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Union erschwerten die Beschlussfassung ebenso wie ein sich immer realer abzeichnendes Referendum über einen möglichen Austritt Großbritanniens aus der EU.

Während in der Finanzkrise der Ruf nach einer Re-Nationalisierung politischer Entscheidungen in Europa lauter wurde, nahm die Regelungsdichte auf europäischer Ebene weiter zu – und damit auch die Notwendigkeit, die dort getroffenen Entscheidungen besser zu legitimieren. Im *Kapitel zu den Institutionen der EU* zeigen sich der zunehmende Einfluss der EU-Institutionen und ihre wachsenden Möglichkeiten, in die Belange der Mitgliedstaaten einzugreifen. Die damit einhergehende Politisierung ist weniger den in den Europawahlen gestärkten Europaskeptikern und Rechtspopulisten geschuldet, breite Bündnisse proeuropäischer Parteien werden im Europäischen Parlament fortbestehen. Vielmehr deutet die Nominierung des „Wahlsiegers“ Jean-Claude Juncker für den Posten des Kommissionspräsidenten durch den Europäischen Rat auf Verschiebungen innerhalb der institutionellen Architektur der EU hin, aus denen das Europäische Parlament gestärkt hervorgeht.

Der dramatische Machttransfer auf die europäische Ebene wird im *Kapitel zur Innenpolitik der EU* besonders deutlich. Die Finanzkrise ist weiterhin sehr präsent, auch wenn diese im Vergleich zu den Vorjahren als weniger bedrohlich wahrgenommen wird. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde ergänzt und korrigiert durch die europäische Finanzdatenerhebung, das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, den Europäischen Stabilitätsmechanismus, den Fiskalpakt und die Bankenunion. Auch in anderen Politikbereichen, wie etwa der Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik, der Energiepolitik und der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit, ist wenig spürbar von der geforderten Rückführung von EU-Kompetenzen auf die nationale Ebene.

Die Krisen in der Ukraine, in Syrien, das Vorrücken der Terrormiliz ‚Islamischer Staat‘ und die Flüchtlingsdramen an Europas Außengrenzen: Im *Kapitel zur Außenpolitik der EU* zeigt sich mit großer Vehemenz, dass die Handlungsfähigkeit der EU-Staaten an mehreren Brennpunkten gleichzeitig gefordert ist. Während die Ukraine-Krise schnell zur Chefsache – und somit zur Angelegenheit der Staats- und Regierungschef im Europäischen Rat – wurde, offenbarten sich insbesondere bei der Flüchtlingspolitik und in der Syrienfrage schnell die Grenzen der gemeinsamen Solidarität und europäischen Handlungsfähigkeit. Vermehrt wurden Stimmen laut, die eine Überprüfung der außen- und sicherheits-

politischen Doktrin des effektiven Multilateralismus und eine (Neu-)Ausrichtung der Europäischen Nachbarschaftspolitik in Süd und Ost forderten. Offen bleibt allerdings, ob es der neuen Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, gelingen kann, eine Grundsatzdebatte über die künftige Rolle Europas in der Welt anzustoßen oder ob sie in erster Linie als Moderatorin gefordert sein wird, um die mitgliedstaatlichen Positionen zu koordinieren.

Der Europawahlkampf blieb überwiegend national geprägt und die Spitzenkandidaten spielten lediglich in Deutschland und Luxemburg, den Herkunftsländern der beiden Kandidaten Schulz und Juncker, eine größere Rolle. Im *Kapitel zur politischen Infrastruktur* offenbart sich dennoch ein zunehmend ausdifferenziertes Meinungsbild in der öffentlichen Debatte zu europäischen Themen, welches zu einem öffentlichen EU-Diskurs in bisher ungekannter Breite geführt hat.

Das gestiegene Interesse der Bürgerinnen und Bürger an EU-Angelegenheiten wird auch im *Kapitel zur Europapolitik in den Mitgliedstaaten* deutlich. Hier zeigt sich auch, dass die Europapolitik in den 28 EU-Staaten vornehmlich an national ausgerichteten Rechtfertigungsmustern und stärker polarisiert geführt wird. Einen Vorgeschmack auf künftige Debatten gab die britische Frage mit dem Stimmzugewinn für die rechtspopulistische UKIP und dem Unabhängigkeitsreferendum Schottlands. Während ein EU-Austritt Großbritanniens diskutiert wird, verdichtet sich die Europäische Integration weiter. Kroatien trat am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union bei. Lettland führte am 1. Januar 2014 den Euro ein, 2015 wird Litauen als 19. Mitgliedstaat der Euro-Zone beitreten.

Seit Juni 2014 zählt nun auch Albanien offiziell zu den EU-Beitrittskandidaten. Weitere Erweiterungsrounds sind allerdings in naher Zukunft nicht vorgesehen. Ernüchternd fielen trotz der bekräftigten Bekundungen an der Erweiterung festhalten zu wollen, in diesem Jahr insbesondere die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zur Türkei und Bosnien-Herzegowina aus. Thematisiert werden die Erweiterungspolitik und die Entwicklungen in den Beitrittskandidaten im *Kapitel zur Erweiterung der EU*.

Das Kapitel zur EU und anderen Organisationen informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen von EU und NATO.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 34. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „www.Wissen-Europa.de“ hinzuweisen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre großartige Redaktion wäre die Realisierung dieses Projekts nicht möglich.